



Ausführungen zum Haushalt 2023/2024

Wilfried Hanft, Co-Fraktionsvorsitzender

Noch nie haben die politisch Verantwortlichen und die Verwaltung in dieser Stadt eine schwierigere Ausgangssituation vorgefunden als vor den Beratungen zu diesem Doppelhaushalt.

Notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und Maßnahmen gegen den Klimawandel auf der einen Seite, eine arg angespannte Haushaltslage auf der anderen Seite.

Die Fraktionen von CDU, Grünen, SPD und UWG haben sich dieser großen Herausforderung gestellt und in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ist es diesen Fraktionen gelungen, einen guten Kompromiss für einen tragfähigen Haushalt in schwieriger Zeit zu erzielen, der auf den letzten Metern auch noch die Kollegen aus der FDP mit ins Boot geholt hat. In schwierigen Zeiten ist es umso wichtiger, zusammen zu rücken – zum Wohle der Menschen in unserer Stadt.

Steigerung kommunaler Steuern auf notwendiges Mindestmaß begrenzen

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war dabei von immenser Bedeutung die Steigerung der kommunalen Steuern wirklich auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken, um die ohnehin von der Inflation gebeutelten MitbürgerInnen nicht weiter zu belasten als unbedingt notwendig.

Insbesondere die Belastungen bei der Grundsteuer B in Grenzen zu halten, war für die SPD ein besonderes Anliegen. **Denn die Inflation, in der wir uns befinden, trifft vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.**

Weitere Belastungen z.B. auf dem Gebührektor führen dazu, dass vielen Menschen jeder Euro wehtut und künftig zunehmend ältere Menschen ihren Grundbesitz nicht mehr halten können.

Deshalb sind wir Sozialdemokraten froh, dass es uns gelungen ist bei der Grundsteuer B einen Hebesatz von 750 Punkten erreicht zu haben, statt der 825 Punkte, die im Haushaltsentwurf vorgesehen waren.

Ebenso die Gewerbesteuer lassen wir deutlich weniger stark steigen als ursprünglich von der Verwaltung angedacht. Dies ist ein wichtiges Signal für einen weiterhin attraktiven Wirtschaftsstandort Bornheim.

Bei Großprojekten bodenständig bleiben

Wir werden auch in Zukunft sparen müssen und Großprojekte bodenständig und funktional planen. Das gilt für den Neubau der Gesamtschule in Merten ebenso wie für das neue Schwimmbad, hinter dem die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar stehen.

Wir freuen uns, dass unser Antrag einer Überprüfung der Planungen für den Neubau der Heinrich-Böll-Gesamtschule mit dem Ziel der Eruiierung von Kosteneinsparungen angenommen wurde. Dabei soll die Klimaneutralität des Gebäudes nicht infrage gestellt werden.

Ökonomische Notwendigkeit mit Sozialverträglichkeit verbinden

Es ist gut, dass das Thema Klimaneutralität bei uns in Bornheim zeitlich noch einmal eine neue Dynamik und Entwicklung gefunden hat. **Uns ist es dabei ein großes Anliegen, die ökologischen Notwendigkeiten mit sozialer Verträglichkeit zu verbinden und die Menschen auf dem Weg zur Klimaneutralität mitzunehmen. Deshalb gilt es Überzeugungsarbeit zu leisten und Belastungen abzufedern. Dies erreicht man jedoch nicht mit immer neuen Verboten und administrativen Maßnahmen.**

Die Menschen mitzunehmen ist auch unser Anliegen bei dem Ausbau der Windenergie. Deshalb treten wir dafür ein, beträchtliche Anstrengungen zu unternehmen, damit sich Bürgerinnen und Bürger an dem Bau von Windenergieanlagen beteiligen können. z.B. mit entsprechenden Genossenschaftsmodellen.

Sparen und investieren mit Augenmaß

Da dieser Haushalt bei uns Sozialdemokraten unter der Prämisse „Investieren und Sparen mit Augenmaß“ steht, gilt es natürlich auch unsere Anstrengungen hinsichtlich notwendiger Einsparungen in diesem Haushalt anzusprechen.

So ist es in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen gelungen gravierende Einsparungen auf dem Personalsektor vorzunehmen, **in dem die Neubewertung der Fluktuation bei den Bestandsstellen von 100% auf 90% gesenkt wurde. Im Ergebnis bedeutet dies, eine Reduzierung der Gesamtpersonalkosten allein für 2023 von über 3 Millionen Euro.**

Aber wir haben auch uns selbst, die politischen Gremien, nicht vom Sparen ausgeschlossen. **Mit dem Wegfall der einzelnen Fraktionsbüros am Servatiusweg zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden beträchtliche Kosten eingespart.** Auch muss die inflationäre Entwicklung mit immer mehr Arbeitskreisen der Vergangenheit angehören.

Leider ist es nicht gelungen bis zur Verabschiedung dieses Haushaltsplans Einsparungen bei der Bauleitplanung vorzunehmen. Die Fraktionen haben sich jedoch darauf verständigt, nach den Beratungen dieses Thema weiter anzugehen.

Städte und Gemeinden brauchen dringend eine Altschuldenregelung

Die Isolierung von Kosten und Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges durch die Landesregierung wird dazu führen, dass diese Aufwendungen ab 2026 von den Kommunen zurückgezahlt werden müssen. Das ist bitter und dokumentiert, dass es von Landesseite in Wirklichkeit keine echten Finanzhilfen gegeben hat.

Es ist jetzt dringend an der Zeit, dass nach der Bereitschaft des Bundes auch das Land Taten folgen lässt, eine Altschuldenregelung für die Kommunen herbeizuführen. Es kann niemand ein Interesse daran haben, unsere Städte und Gemeinden bei der Rückzahlung nicht verschuldeter Verbindlichkeiten reihenweise vor die Hunde gehen zu lassen und damit den Fortbestand unserer Demokratie zu gefährden.

Nach diesen intensiven und kräftezehrenden Haushaltsplanberatungen gilt es für die SPD-Fraktion erneut den Zustand unserer Straßen ins Visier zu nehmen und ebenso weiterhin Druck zu machen, was die Beseitigung der Starkregenschäden aus dem Jahr 2021 angeht. Außerdem werden wir auch in Zukunft das Thema faire Kita- und OGS-Beiträge im Blick behalten.

Für diesen Haushalt haben wir leider keine Mehrheit davon überzeugen können, dass wir eine kleine Summe Haushaltsmittel einsetzen sollten, um Familien mit kleinen und mittleren Einkommen bei der Beitragsgestaltung zu entlasten. Es ist sozial nicht vermittelbar, dass Familien mit 55.000 Jahresbruttoeinkommen bereits den Höchstsatz für den Offenen Ganzttag zahlen müssen und damit genau so viel wie Eltern mit sehr hohen Einkommen. Da bleiben wir hartnäckig dran.

Dank für konstruktive und gute Beratungen

Danken möchte die SPD-Fraktion den Fraktionen, die diesen extrem schwierigen Haushalt konstruktiv begleitet haben und beim Ringen um die beste Lösung gute Initiativen eingebracht haben. Kompromisse sind kein Teufelszeug wie viele das in einer sich ausweitenden radikalen Gesellschaft apostrophieren, sondern das Wesen einer funktionierenden Demokratie.

Dank auch an Bürgermeister Christoph Becker und dem Kämmerer Ralf Cugaly, stellvertretend für die gesamte Verwaltung.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt und dem Stellenplan für die Jahre 2023/2024 zu.